

# Nur die Tierquäler haben die Tieranwälte zu fürchten

Am 7. März entscheidet das Schweizer Stimmvolk über die landesweite Einführung von Tieranwälten. Das Anliegen ist für die Durchsetzung des Tierschutzrechts äusserst bedeutsam und entspricht langjährigen Forderungen der Stiftung für das Tier im Recht (TIR), weshalb ich die Initiative des Schweizer Tierschutzes STS aus voller Überzeugung unterstütze.

Nachdem ich diverse negative Zeilen in den Leserbrieffen im «Uerner Wochenblatt» lesen musste, erlaube ich mir, als langjährige, seit 20 Jahren tätige Katzenzüchterin einige persönliche Gedanken, sowie auch die Gedanken der TIR weiterzugeben. Trotz der nachweislich sehr guten Erfahrungen

des – bislang leider einzigen – Tieranwalts im Kanton Zürich, blicke ich der Abstimmung mit Besorgnis entgegen.

Dies vor allem, weil die Gegenmeinungen und Gegner der Initiative beharrlich Fakten verdrehen, nicht-Zusammengehörendes vermischen, Ängste schüren und Unwahrheiten über die Funktion von Tieranwälten verbreiten. Hierzu gehören etwa die hartnäckig vertretenen, jedoch erwiesenenmassen falschen Behauptungen, Tieranwälte würden selber Fälle initiieren, Tierhalter in Privatwohnungen oder Ställen kontrollieren, den Staatsapparat aufblähen und enorme Kosten für die Steuerzahlerinnen und -zahler verursachen. Eigentlicher Höhepunkt un-

sinniger Behauptungen beziehungsweise eine allenfalls sogar bewussten Strategie der Falschinformation ist die Aussage des Schweizerischen Bauernverbands, Landwirte würden künftig eine Halbpflichtversicherung benötigen, um sich vor Tieranwälten zu schützen. Seit Wochen versucht die Stiftung für das Tier im Recht (TIR) zu entlarven. Fakt bleibt, dass bei der Verfolgung und Bestrafung von Tierquälereien in vielen Kantonen massive Defizite bestehen und dort anstelle der Tiere die Tierquäler geschützt werden. Die gesamtschweizerische Einführung von Tieranwälten ist nicht nur geeignet, sondern dringend erforder-

lich, um diesen Missständen entgegenzutreten und sicherzustellen, dass das Tierschutzstrafrecht endlich überall durchgesetzt wird. Als langjährige Katzenzüchterin und Vorstandsmitglied bei der Swiss Skogkatt (Norwegische Waldkatzenzüchter und Liebhaber der Schweiz) musste ich bereits viel Elend mit ansehen. Schlussendlich waren die Katzen die Leidtragenden, denn sie können sich selber ja nicht zur Wehr setzen. All die Beispiele zu nennen, würde hier den Rahmen sprengen. Nur zwei konkrete Beispiele: der Fundort von einigen Katzen war der Tiefkühler. Oder die Katzen waren so krank und man liess sie elend sterben. Auch Tiere sind Lebe-

wesen und haben das Recht auf den nötigen Respekt und die nötige Hilfe. Ich bitte Sie darum eindringlich, am 7. März ein Ja in die Urne zu legen, und zudem auch in Ihrem persönlichen und beruflichen Umfeld noch einmal Überzeugungsarbeit zu leisten. Viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich noch keine Meinung gebildet und können daher kurz vor der Abstimmung noch über die Wichtigkeit des Anliegens aufgeklärt werden. Nur wenn uns dies gemeinsam gelingt, erreichen wir den Durchbruch am 7. März tatsächlich. Hierfür zählt aber jedes einzelne Ja! Danke für Ihre Unterstützung!

Ursula Habegger, Schattdorf

# Heidi Z'graggen ist nicht wählbar

1987 erkor die CVP Uri Regierungsrat Hans Danioth zu ihrem Ständekandidaten, aber erst nachdem sie ihm das Gehölnis abgenommen hatte, dass er im Falle einer Wahl – die ausser Zweifel stand – umgehend auf sein Regierungsratsmandat verzichtet. Schon damals war selbst der CVP klar, dass ein Doppelamt von Regierungsrat und eidgenössischem Parlamentarier für eine Einzelperson gar nicht zu schaffen ist, sowohl zeitlich als auch vom Umfang der Arbeit und der Verantwortung her. In der Folge haben sich alle Urner Regierungsräte, die ins eidgenössische Parlament gewählt wur-

den – die Vorsteherin selbst kaum über spezifisches Fachwissen verfügt und deshalb das meiste allein von den Amtsvorstehern und der übrigen Verwaltung erledigt wird. Wenn es um die Erhöhung der Regierungsratslöhne geht, vertreten deren Mitglieder die Ansicht, dass sie de facto einen Vollzeitjob ausüben. Gegenher reden von einem 80-Prozent-Job. Ein Ständeratsmandat ist aber zumindest ein 60-Prozent-Job, falls man es mit der Aufgabenerfüllung ernst nimmt. Ein Ständerat ist zudem viel mehr beansprucht als ein Nationalrat. Allein die Sessionen nehmen pro Jahr zwölf Wochen in

der von Nauen, Baggern und Arbeitern ausgeführt. Für die Planung und Ausföhrung des Tourismusprojektes in Andernmat ist Heidi Z'graggen Märcchenprinz Samih Sawiris mit seinem riesigen Stab an hervorragenden Fachleuten schon selbst besorgt. Den entscheidenden Durchbruch, dass überhaupt in derart schneller Zeit das Projekt in Gang gebracht werden konnte, ist auch keineswegs das Verdienst von Heidi Z'graggen, sondern von alt Bundesrat Christoph Blocher. Das sollte man auch in Uri nicht vergessen. Politologie sollte nicht mit Politik verwechselt werden!

Die Behauptung von Heidi Z'graggen, sie würde bei einem Rücktritt als Regierungsrätin eine Baustelle hinterlassen und müsse daher bleiben und ihre Verantwortung wahrnehmen, entbehrt jeglicher Grundlage, ebenso ihre Behauptung, dass «die Regierung durch zwei Abgänge innert kurzer Zeit unnötig belastet» würde. Diese Aussagen erfolgen offensichtlich in rein eigenem Interesse, nämlich aufgrund der Aussicht, inskünftig statt 200 000 Franken 300 000 Franken verdienen zu können. Nationalrätin Gabi Huber hat anlässlich des Parteitages der Liberalen im Detail klar aufgezeigt, dass

# Das gesparte Geld muss länger reichen

Die Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung steigt. Somit muss logischerweise auch das angesparte Kapital der zweiten Säule länger reichen. Die Anpassung des Umwandlungssatzes ist eine sinnvolle Massnahme. Die Alternative wäre eine drastische Beitragserhöhung für die Erwerbstätigen – also zusätzliche Lohnabzüge. Die zu erwartende Rendite des angesparten Kapitals ist neben der Lebenserwartung der zweite Faktor zur Festlegung des Umwandlungssatzes. Die eingerechnete Rendite von heute rund 5 Prozent muss von der Pensionskasse garantiert werden. Diese hohe Renditeerwartung veranlasst die Pensionskassen, riskan-